

Führt Trumps Bankenderegulierung zur nächsten Finanzkrise?

## Europäische Angstmache

Egal, wie die nächste Finanzkrise abläuft, wo sie stattfindet und welche Auswirkungen sie hat: Donald Trump wird schuld daran sein, warnen EU-Banker und Politiker. Mit seinem achten Dekret (*Executive Order 13772*) leitete der US-Präsident die Aufhebung von Barack Obamas Bankenregulierung ein, die 2010 von den Demokraten Chris Dodd und Barney Frank auf den Weg gebracht worden war. Zwar enthielt dieses Gesetz (DFA 111-203) einige sinnvolle Nebenwirkungen der Volcker-Regel ist das Austrocknen der Märkte für Unternehmen anleihen. Früher konnten Banken die Papiere ihrer Kunden abnehmen und halten, bis sie einen Käufer finden konnten. Jetzt können Verkäufer Firmenanleihen nur loswerden, wenn ein Käufer bereitsteht. Welche neuen Risiken dadurch entstehen wird sich zeigen. Selbst Euro-Staatsanleihen gelten unter der Volcker-Regel als hochspekulative Risikopapiere. Was bleibt vom Dodd-Frank-Act? Die dauerhafte Verlagerung von Derivaten auf Börsen und zentralen Abwicklungsstellen. Dafür war das Gesetz aber nur Beschleuniger, denn zaghafte Versuche machten die großen Investmentbanken schon vor 2008. Wegen institutioneller Trägheit kam jedoch nichts zustande. Die Angst vor neuen Krisen durch Trumps Dekret ist unbegründet. Wettbewerb und Effizienz im US-Finanzmarkt werden sich verbessern. Die wirklichen Risiken gehen heute nicht von den Banken aus, sondern von Staatsverschuldung und Geldpolitik.



VON THOMAS KIRCHNER

»Die wirklichen Risiken gehen von der Staatsverschuldung und der Geldpolitik aus.«

US-Großbanken kam die Kostenschraube gelegen. Sie haben seither mehrere Milliarden ausgegeben, um das tausendseitige Gesetz plus Verwaltungsvorschriften umzusetzen. Viele ausländische Banken scheuten die Kosten und zogen sich aus dem US-Markt zurück. So wurde die gutgemeinte Finanzmarktregulierung zur Eintrittsbarriere und verschärfte das amerikanische Bankenoligopol. Trumps Dekret alarmiert Finanzkritiker besonders wegen des Aus für die Volcker-Regel (12 U.S.C. 1851), die es US-Banken verbietet, mit ihrem Eigenkapital Wertpapierhandel zu betreiben, was weithin als Spekulation gilt. Diese Vorschrift

war ursprünglich nicht Bestandteil des Gesetzes, wurde aber auf Obamas Betreiben hin angefügt. Sie stellte das von Bill Clinton abgeschaffte Trennbankensystem wieder her. Viele glauben, so zukünftige Bankenrisiken verhindern zu können. Daß diese Logik ein Trugschluß ist zeigt ein Blick auf Europa und Asien: dort gab es nie ein Trennbankensystem, und trotzdem werden diese Kontinente nicht von ständigen Bankenrisiken heimgesucht.

Eine Nebenwirkung der Volcker-Regel ist das Austrocknen der Märkte für Unternehmen anleihen. Früher konnten Banken die Papiere ihrer Kunden abnehmen und halten, bis sie einen Käufer finden konnten. Jetzt können Verkäufer Firmenanleihen nur loswerden, wenn ein Käufer bereitsteht. Welche neuen Risiken dadurch entstehen wird sich zeigen. Selbst Euro-Staatsanleihen gelten unter der Volcker-Regel als hochspekulative Risikopapiere. Was bleibt vom Dodd-Frank-Act? Die dauerhafte Verlagerung von Derivaten auf Börsen und zentralen Abwicklungsstellen. Dafür war das Gesetz aber nur Beschleuniger, denn zaghafte Versuche machten die großen Investmentbanken schon vor 2008. Wegen institutioneller Trägheit kam jedoch nichts zustande. Die Angst vor neuen Krisen durch Trumps Dekret ist unbegründet. Wettbewerb und Effizienz im US-Finanzmarkt werden sich verbessern. Die wirklichen Risiken gehen heute nicht von den Banken aus, sondern von Staatsverschuldung und Geldpolitik.

Deutscher Exportüberschuß klettert auf 252,9 Milliarden Euro

## Schöner Schein

Von Jörg Fischer

Voriges Jahr wurden von Deutschland Waren im Wert von 1.207,5 Milliarden Euro ex- und nur für 954,6 Milliarden Euro importiert. Der Außenhandelsüberschuß kletterte damit auf den Rekordwert von 252,9 Milliarden Euro, meldete das Statistische Bundesamt. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuß, der auch Dienstleistungen und Vermögensübertragungen berücksichtigt, kletterte von 252,6 auf 266 Milliarden Euro.

Doch der Erfolg hat eine volkswirtschaftliche Schattenseite: Es werden dafür keine Goldbarren mehr gebunkert oder Gebiete übernommen, sondern den Defizitländern werden Kredite gegeben, um deutsche Güter zu importieren. Es werden Auslandsdarlehen statt dringend notwendige Inlandsinvestitionen getätigt oder windige Papiere à la New Economy und Lehman oder „griechische“ Staatsanleihen gekauft. Die deutsche Auto- und Chemieindustrie oder der Maschinenbau liefert Qualität zu erschwinglichem Preis – letzter ist auch erpreßten Dumpinglöhnen („Agenda 2010“)

und dem schwindstüchtigen Euro zu verdanken. Daß die EU mit 59 Prozent Hauptabsatzmarkt war, läßt sich geographisch erklären. Der Umfang der deutschen Exporte in Drittländer (Hauptziel: USA) lag mit 41 Prozent aber erneut über dem in die Eurozone (36,6 Prozent). Hier hilft der Billigeuro den deutschen Exporteuren kaum, er ist aber immer noch zu teuer für Griechenland oder Frankreich.

Daß Renault 1999 noch 276.000 Autos in Deutschland verkaufte, es aber 2015 nur noch 130.000 waren, lag nicht allein an Hyundai, Kia und Skoda, wie etwa der Erfolg der rumänischen Renault-Marke Dacia (47.500) zeigt. „Made in France“ ist längst zu teuer. Und was Donald Trump angeht: Selbst wenn die Deutschen wieder harte D-Mark besäßen, würden sie keine Chevrolets kaufen – wohl aber mehr iPhones, BMWs aus South Carolina, Jeeps aus Ohio oder VWs aus Tennessee. Deutsche Urlauber würden Floridas leere Strände füllen und so nicht nur US-Immobilienhaie frohlocken lassen.

DIRK MEYER

Die Deutschen lieben ihr Bargeld. Mehr als dreiviertel aller Käufe und die Hälfte der Umsätze werden bar abgewickelt. Die jederzeit (noch) einsetzbare Liquidität macht flexibel, gibt sofortige Übersicht und Kontrolle der ausgegebenen Euro, sichert die Anonymität des Zahlungsvorganges und erspart drohende Negativzinsen auf Geldkonten. Zudem sind laut Bundesbankgesetz (Artikel 14 Absatz 1) Euro-Banknoten „das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel“.

Doch mit den Argumenten Steuerhinterziehung, Drogenhandel, Korruption oder Falschgeld behindern immer mehr staatliche Beschränkungen die praktische Bargeldverwendung. Die EZB hat 2016 die Abschaffung der 500-Euro-Banknote beschlossen. Die US-Notenbank Fed gibt bereits seit 1969 keine Banknoten von über 100 Dollar mehr heraus. Das Bundesfinanzministerium (BMF) überlegt, Bargeldzahlungen in Deutschland auf 5.000 Euro zu begrenzen. Frankreich (1.000 Euro), Italien (3.000 Euro) oder Österreich (de facto 500 Euro bei Bauleistungen) machen es vor (JF 19/16). Weitere Restriktionen gebietet das 1993 eingeführte Geldwäschegesetz (GwG).

### Strenge Meldepflicht für Bargeschäfte

Die EU-Richtlinie 2015/849 „zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ wird das mehrmals novellierte GwG erneut verschärfen. Die Umsetzung in deutsches Recht wird in einem BMF-Referentenentwurf vom 15. Dezember 2016 vorbereitet. Die Aufnahme zusätzlicher Regulierungen sowie Übernahmen aus dem Kreditwesengesetz führen zu einer völligen Neufassung des GwG. Bereits der Umfang von 55 gegenüber den derzeit 17 Paragraphen läßt die erweiterten Regulierungsanstrengungen erahnen.

Die offensichtlichste Änderung besteht in einer Absenkung der Meldepflicht für Bargeschäfte. Barzahlungen im Geschäftsverkehr ab 10.000 Euro (bisher 15.000) werden künftig gesondert erfaßt. Der Gebrauchtwagenkauf, die Handwerksrechnung können nur bis zu

# Orwellsche Aussichten

Wirtschaftskriminalität: Der Entwurf zum neuen Geldwäschegesetz ist ein weiterer Vorstoß zur Bargeldbeschränkung / Kriminalität nur Vorwand?



dieser Höhe in bar ohne Erfassung geleistet werden. Finanzinstitute, Händler und andere Dienstleister müssen besondere „geldwäscherechtl. Sorgfaltspflichten“ erfüllen. Neu hinzugekommen sind Spielbanken, Online-Glücksspielanbieter sowie Spielhallen oder Sportwettenanbieter. Auch Notare, Rechtsanwälte und Immobilienmakler werden gesondert erwähnt. Eine wichtige Änderung besteht in dem erweiterten zu kontrollierenden Personenkreis. Zahlungsdienstleister müssen nicht nur den Auftraggeber erfassen, sondern auch Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten des Transfers machen und diese dem Transfer beifügen. Das soll verhindern, daß sich natürliche Personen hinter sogenannten Briefkastenfirmen verstecken können. Zur Kennlichmachung der Zahler sollen auch elektronische Identifizierungsverfahren genutzt werden, so daß die Überprüfung anhand von Ausweisdokumenten bei physischer An-

wesenheit nicht mehr notwendig ist. Einerseits erleichtert dies den Vorgang, andererseits wird damit die Grundlage für die kostengünstige Ausweitung von Datenerfassungen geliefert.

Während diese Verschärfungen an bereits bestehende Regelungen anknüpfen, kommen strukturelle Erweiterungen hinzu. Hierzu zählt eine Stärkung des risikobasierten Ansatzes des Geldwäscherechts. Bisher war eine Liste vordefinierter Situationen mit geringem oder erhöhtem Geldwäscherisiko ausreichend, nach denen relativ einfach vorzugehen war. Zukünftig muß jede Geschäftsbeziehung und Transaktion individuell auf das jeweilige Risiko in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung hin geprüft werden. Relevante Risikofaktoren werden in den GwG-Anhängen aufgeführt.

### Enge Koordination mit europäischen Institutionen

Eine Bewertung wird aber erst nach einer Gesamtbetrachtung aller relevanten Risikofaktoren möglich, was für die Kreditinstitute und Güterhändler mit erhöhtem Aufwand und dem Risiko einer bußgeldbelegten Fehlentscheidung verknüpft ist. Eindeutig sind nur einige Hochrisikosituationen definiert: länderübergreifender Zahlungsverkehr, Kunden aus „Hochrisikoländern“ sowie „politisch exponierte Personen“ (PePs).

Geplant ist die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen, zentralen elektronischen Transparenzregisters. Hier sollen Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen erhoben werden. Es soll als Portal

**Euro-Scheine vor Angebotschildern:** Elektronische Identifizierungsverfahren ermöglichen eine lückenlose Datenerfassung

dienen, von dem aus Dokumente an anderen öffentlich zugänglichen elektronischen Registern abrufbar sein sollen. Außerdem wird die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen neu konzipiert und erweitert.

Sie war bisher polizeilich ausgerichtet und dem Bundeskriminalamt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern angegliedert. Fortan soll sie in die Generalzolldirektion des BMF überführt werden. Hier wird sie Filterfunktionen zur Entlastung der Strafverfolgungsbehörden wahrnehmen und als Informationssammel- sowie Koordinierungsstelle gegenüber anderen zuständigen inländischen Behörden bereitstellen. Hinzu kommt eine Koordination mit europäischen Institutionen, speziell dem Geldwäschekomitee AMLC (Anti-Money Laundering Committee).

Um die Einhaltung der Vorgaben zu gewährleisten, wurden die Sanktionen bei Verstößen verschärft. Konnte bislang ein Bußgeld von höchstens 100.000 Euro erteilt werden, so ist eine Anhebung bis zu einer Million Euro oder das Zweifache des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils – für Kredit- und Finanzinstitute fünf Millionen Euro – geplant. Die wohlgemeinte Gesetzestreue und Terrorismusprävention wird aber 2017 mit einem neuen orwellischen „1984“ erkaufte.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

### Geldwäschekriminalität

Im Jahre 2015 führten das Bundeskriminalamt (BKA) und die entsprechenden Länderbehörden 566 Ermittlungsverfahren im Bereich organisierter Kriminalität (OK). Bei 36,7 Prozent der Verfahren ging es um Rauschgiftkriminalität im großen Stil, gefolgt von Eigentums- (14,8 Prozent) und Wirtschaftskriminalität (11,8 Prozent). Um Geldwäsche ging es lediglich in 2,1 Prozent der OK-Fälle. Im Zuge der OK-Bekämpfung wurden 65 Millionen Euro vorläufig gesichert. Dem gegenüber stünden laut BKA-Bericht verursachte Schäden in Höhe von 424 Millionen

Euro und kriminelle Erträge von 230 Millionen Euro. „Durch das geänderte Kommunikationsverhalten haben sich auch die Herausforderungen an die Polizei verändert“, erklärte BKA-Präsident Holger Münch. Seine Behörde entwickle und nutze daher IT-Programme „zur Auswertung von Massendaten, zur Überwachung verschlüsselter Kommunikation und zur Online-Durchsuchung“.

„Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2015“ des Bundeskriminalamts (BKA): [www.bka.de](http://www.bka.de)

**Ihr Bestellschein**  
JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin  
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)  Kundennummer (falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon  E-Mail

Datum/Unterschrift

Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

**JF BUCHDIENST**  
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online: [jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

**Janne Jörg Kipp**  
**Vereinigte Staaten von Europa**  
Die geheimen Pläne von CIA, Nationalsozialisten und einer globalen Wirtschafts- und Finanzelite  
Wer sind die Strippenzieher hinter den Kulissen? Die Gründung der EU, die sich in eine zentralistische Diktatur verwandelt, hat eine spektakuläre Vorgeschichte. Pläne der Nationalsozialisten wurden wortgetreu übernommen, und ein mächtiges Finanzkartell beherrscht heute Europa. 313 S., geb.

Best.-Nr.: 93193 EUR 22,95

**Eberhard Hamer (Hrsg.)**  
**Visionen 2050**  
Wohin steuern wir? Trends und Prognosen für Deutschland und Europa  
Wird das Finanzsystem zusammenbrechen? Wird es einen Dritten Weltkrieg geben? Wird es zur größten Völkerwanderung der Geschichte kommen? Wird Deutschland islamisiert? Droht uns ein Bürgerkrieg? Ein Team von über 30 Fachleuten beantwortet unsere wichtigsten Zukunftsfragen. 288 S., geb.

Best.-Nr.: 93196 EUR 19,95

Abbildungen können vom Original abweichen!

**Matthias Weik, Marc Friedrich**  
**Kapitalfehler**  
Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen  
Die Finanzkrise 2008 hat die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds getrieben. Doch ihre Ursachen sind bis heute nicht verstanden worden. Die Autoren zeigen, warum der Finanzkapitalismus immer wieder daran scheitert, unseren enormen Wohlstand fair und nachhaltig zu verteilen. 352 S., geb.

Best.-Nr.: 93133 EUR 19,99

**Hans-Werner Sinn**  
**Der Schwarze Juni**  
Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt  
Für Hans-Werner Sinn stellt der „Schwarze Juni“ 2016 mit dem Brexit und weiteren wichtigen Entscheidungen eine Zeitenwende dar. Wir müssen jetzt handeln! Er legt daher ein kompaktes Programm zur Neugründung Europas und zur Änderung des Lissabener EU-Vertrags vor. 368 S., geb.

Best.-Nr.: 93264 EUR 24,99

**Hans-Olaf Henkel, Joachim Starbatty**  
**Deutschland gehört auf die Couch!**  
Warum Angela Merkel die Welt rettet und unser Land ruiniert  
Die beiden renommierten Autoren führen Merkels Politik auf fehlendes Selbstbewusstsein, ideologische Gesinnungsethik und ein krankhaftes Helfersyndrom als Reaktion auf die Untaten des Naziregimes zurück. Spätere Mittelstand und künftige Generationen werden die Rechnung bezahlen. 256 S., geb.

Best.-Nr.: 93203 EUR 19,90

**Karlheinz Weißmann**  
**Rubikon – Deutschland vor der Entscheidung**  
Unkontrollierte Masseneinwanderung, Kriegsgefahr, Terroranschläge all das kommt nicht überraschend. Mancher hat vor den Gefahren gewarnt, ohne Gehör zu finden, weil die Wahrheit unangenehm ist. Das rächt sich nun bitter. Weißmann liefert eine messerscharfe Analyse der Lage. 272 Seiten, gebunden, mit Schutzumschlag

Best.-Nr.: 93021 EUR 19,90

**Bruno Bandulet**  
**Beuteland**  
Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945

Welche materiellen und geistigen Werte wurden den Deutschen in sieben Jahrzehnten genommen? Was steckt hinter der europäischen Integration und der Masseneinwanderung, und wie verkam der Euro zum Enteignungsprogramm? Bruno Bandulet entlarvt die Verschwörung der Eliten!  
333 S., geb.

Best.-Nr.: 93140 EUR 19,95